

13.01.2016

## **Freie Wähler: KiTa-frei in Langenselbold**

Die Langenselbolder Freien Wähler (FW) begrüßen das von ihrem Landesverband initiierte Volksbegehren „KiTa-frei“ und möchten ihren Teil zum Erfolg beitragen. „Die Freien Wähler reden nicht nur, sie handeln“ fasst die FW-Stadtverordnete Christiane Kapp zusammen, wie die Wählerversammlung das Volksbegehren begleiten und unterstützen will. „Wir werden an unseren Wahlständen Unterschriftenlisten auslegen und über das Verfahren informieren. Weiterhin werden wir versuchen, andere Parteien in Langenselbold ins Boot zu holen und einen entsprechenden Antrag für die nächste Stadtverordnetenversammlung vorbereiten.“

Das Volksbegehren, das „gebührenfreie Kindergartenplätze in ganz Hessen“ anstrebt, wurde vom Landesverband der Freien Wähler im Dezember 2015 auf den Weg gebracht. Um es zum Erfolg zu führen, sind in Hessen in einem ersten Schritt 87 000 Unterschriften erforderlich. Nach Meinung des ehemaligen Leiters einer Gesamtschule und FW-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag, Jürgen Heim, sollte diese Zahl erreichbar sein. „Daher rufen wir die Bürgerinnen und Bürger Langenselbold auf, ihre Unterstützung mit ihrer Unterschrift zu dokumentieren.“

„Es geht um Chancengerechtigkeit und Entlastung der Kommunen“, erläutern Kapp und Heim das Anliegen der Freien Wähler. Gutsituierte Eltern könnten die Kindergartenbeiträge eher aufbringen, aber mit abnehmendem Einkommen wachse die Kindergartengebühr als Hürde. Hier wollen die Freien Wähler Abhilfe schaffen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. „Kinder brauchen Kinder“, formulieren Kapp und Heim. „Kindertagesstätten sind ein wesentlicher Teil der frühkindlichen Bildung. Die Lust am Lernen beginnt nicht mit der Schultüte, sondern viel früher.“

Was die Eltern bislang zahlten, könne das Land übernehmen, lautet die Forderung im Volksbegehren. Bis zu 1200 Euro pro Kind solle das Land jährlich an die Kommunen zahlen, um sie für eine täglich fünfstündige Betreuung von Gebühren freizustellen. Darüber hinaus gehende Betreuung könne anteilig berechnet werden. Es sei nicht nachvollziehbar, dass der Schulbesuch kostenfrei sei, der Kindergartenplatz jedoch mit Gebühren belastet werde.

Für die Freien Wähler in Langenselbold ist das Volksbegehren und die teilweise Erstattung der Kosten für einen Kindergartenplatz an die Kommunen allerdings nur ein erster Schritt. In ihren politischen Zielsetzungen gehen sie darüber hinaus. „Für uns sind vorschulische pädagogische Einrichtungen eine gesamtstaatliche Aufgabe, da ist auch der Bund gefragt. Kinderbetreuung sollte in absehbarer Zeit komplett aus Steuermitteln bezahlt werden. Nur so werden auch die Kommunen wirklich entlastet. Alles andere passt nicht mehr in diese Zeit“, so Christiane Kapp und Jürgen Heim abschließend.